Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

319 (18.11.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis
in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in unseren Ausgabestellen abgeholt monatlich ℳ 250.—, frei Haus geliefert monatlich ℳ 270.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen ℳ 270.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr ℳ 270.— monatlich.
Einzelverkauf: bis 4 Seiten ℳ 8.—, über 4 Seiten ℳ 10.—.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die 9 gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum ℳ 33.—; auswärts ℳ 42.—; Familienanzeigen u. Stellengesuche ℳ 26.—; Reklamezeile ℳ 120.—; an erster Stelle ℳ 150.—. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm. Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 428. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion: 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. — Samstag, den 18. November 1922 — Nr. 319.

Verfassungsrechtliche Fragen.

Zur Neuwahl des badischen Staatspräsidenten.

Von Dr. phil. Richard Wetzlar.

Die Frage der Reichspräsidentenwahl ist viel besprochen und lebhaft umstritten worden. Es handelte sich für die Befürworter der Volkswahl in erster Linie darum, den entscheidenden Faktor gegen die Allmacht des Parlaments zu erhalten, und diesen eher zu stärken als durch prinzipielle Aufgabe der Volkswahl dem Einfluß der Kammer ganz zu überantworten. Die Frage ist nun vorübergehend gelöst, die Volkswahl hinausgeschoben, ohne daß eine grundsätzliche Aenderung der Verfassung vorgenommen wurde. — Die gleiche Problemstellung taucht naturgemäß auch in dem Verfassungsbau der deutschen Länder auf. Als letzter kontinentaler Staat haben wir aus dem Gewirre mittelalterlicher Schachtelungen, aus der Vielheit der Staatsgebilde den bunten Charakter mit in die neue und neueste Zeit herübergenommen. Die Mannigfaltigkeit der Problemstellungen, der Hang zur Vielseitigkeit im Gegensatze zu dem einheitlichen Ziele und nicht zuletzt die geographische Mittellage mit ihren offenen Seiten allerwärts haben uns die Vielgestaltigkeit des verfassungsrechtlichen Lebens erhalten, während in den Nachbarmächten bereits der fürstliche Absolutismus alle Kräfte im Innern unter den Willen der Zentrale gebeugt hatte.

Aber in dem Jahrhundert der national geschlossenen Großmächte kann von einer selbständigen außenpolitischen Rolle der deutschen Gliedstaaten nicht mehr die Rede sein; auch im Innern ist die Eigenständigkeit des Verfassungslebens besonders durch den Verlust der Steuerhoheit entscheidend eingeengt worden.

Und nun kann man feststellen, daß die deutschen Länder in ihrem Verfassungsbau immer mehr auf die Verwirklichung von Ideen, von Forderungen verzichten, die der moderne Verfassungsrechtler an den Aufbau eines Großstaates stellt, daß die Probleme, die uns beim Aufbau des Reiches entscheidend schienen, wie ganz besonders der Grundsatz der Gewaltentrennung und der Erhaltung einer selbständigen Exekutive, daß diesen Fragen in den einzelstaatlichen Verfassungen kaum Rechnung getragen wurde. Hierin liegt keinerlei Kritik, sondern lediglich eine Feststellung, aus der sich Schlüsse ziehen lassen werden.

Sieht man einen Augenblick ab von dem Staatsbegriff, wie ihn der Verfassungshistoriker heute verwendet, der als Staat jedes Gebilde mit einem mehr oder minder weiten Befugniskreis ursprünglicher Natur bezeichnet, so muß man sagen, daß die deutschen Länder ein Eigenmerkmal nicht mehr haben, das den wahren Staat ausmacht, ich meine eine bedeutende Stellung im außenpolitisch-weltpolitischen Rahmen. Fällt ein solcher weg, so muß unbedingt ein größeres Verkümmern im Verfassungsbau einsetzen, d. h. wichtige Faktoren erweisen sich als überflüssig und gehen ein, der ganze Aufbau nimmt mehr und mehr den Charakter eines großen Verwaltungsapparates an. Vergleichen wir etwa Baden und irgendeine der preußischen Provinzen zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, so sehen wir zwei verfassungsrechtlich ganz verschiedene Gebilde, einen souveränen Staat und einen reinen Verwaltungsbezirk, nicht nur im Aufriß, sondern auch an Inhalt. Heute bestehen tatsächlich keine sehr gewichtigen Unterschiede mehr. Was den Einzelstaaten an sog. Eigenständigkeit geblieben ist, betrifft bald nur die Regelung von Jagd- u. Fischereiwesen, jedenfalls nicht sehr viel mehr. Für den Historiker ist dieses unbedingte Anpassen der Formen an den Inhalt das interessanteste Spiel der Kräfte, besonders interessant, daß man auch die Gegenkräfte bereits wieder spürt, daß in Bayern, wo die politische Rolle wächst, der Ruf nach einer Vervollkommnung der Verfassungsformen stets lauter wird.

Das Hauptmerkmal dieses Prozesses scheint uns eben daran erkenntlich zu sein, daß in keinem der deutschen Staaten die Schaffung einer wahren, selbständigen Ausübung der Regierungsgewalt als notwendig empfunden wurde, eine Forderung, deren Verwirklichung bei uns im Reiche ebenso selbstverständlich war, wie allenthalben in den europäischen Staaten. In Wahrheit besteht eben in den Einzelstaaten ein solches Bedürfnis nicht mehr. Noch vor kaum 100 Jahren fanden die verfassungsrechtlichen Kämpfe, die man im Reiche durchfocht, in den Einzelstaaten ihre Parallele, während jetzt meist hier nur noch ein Spiegelbild aufzufangen ist. So hat man in den Gliedstaaten ohne Bedenken alle Macht in den Kammern vereint, und in der Tat ist bei dem engen, übersichtlichen Rahmen die Lösung auch voll befriedigend, d. h. es wird kaum jemand auftreten und unter Hinweis auf die Allmacht der einzelstaatl. Landtage eine in sich geschlossene Herausbildung einer Machtausübung verlangen. Sehen wir einmal von dem Wortlaute der Verfassungsurkunde ab, so ist doch die Summe der Verfassungsorgane eher die Verkörperung eines großen, zentralen Verwaltungsorganismus: der gesetzgeberische Rahmen ist eben doch sehr gering bemessen, von Ausführungsgesetzen abgesehen. Bis 1918 war das noch anders gewesen. Die Kompetenzen waren noch reichhaltiger und vor allem der Verfassungsbau noch ganz im Rahmen eines europäischen Großstaates; man erkannte, daß diese Staaten erst etliche 40 Jahre der Souveränität verloren hatten.

In allen Bundesstaaten ist — mit geringen Abweichungen im einzelnen — zwischen Regierung und Parlament keinerlei Trennung. Die Funktionen, die im Reiche unter Präsident, Kanzler, Ministerkabinett und Kammer verteilt sind, sind fast — und für Baden trifft das besonders zu — in einem Körper vereint. Die Kammer leitet mit ihren Delegierten den Staat. Das geht über den Parlamentarismus weit hinaus, da die von der Kammer mehr oder minder unabhängige Exekutive (in Deutschland der Präsident, in England die Krone) gänzlich fehlt. Nun wird dies alles durch verschiedene Momente beleuchtet und vertieft. Wir hören, daß in Bayern von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert wird, einen wirklichen bayerischen Staatspräsidenten zu schaffen. Es zeigt sich dort plötzlich ein solcher politischer Rahmen, daß hierzu eine selbständige Stelle erforderlich erscheint, die Lösung aller Aufgaben im Schoße des Parlamentes oder eines von ihm bestellten Ministeriums nicht genügt. Wie man dabei vorzugehen gedenkt, bleibt noch dahingestellt. Jedenfalls handelt es sich darum, die Verfassung weiter auszubauen, die Exekutive des Staats dem Parlament gegenüber zu stärken.

In Preußen kehrt das Problem in anderer Gestalt wieder. Doch dreht es sich weniger um das Bedürfnis, der staatlichen Einheit als der Vielheit im Aufbau Ausdruck zu geben. Der preußische Staatsrat ist Vertreter provinzieller Eigenständigkeit, ein verkümmerter Nachfolger der bis 1918 in allen Staaten bestehenden ersten Kammern. Bei den preußischen Verhältnissen darf man auch nicht übersehen, daß in der Tat Berlin als Reichshauptstadt dem Aufkommen einer selbständigen preußischen Spitze hemmend im Wege steht, auch bei dem zurzeit bestehenden innerpolitischen Einverständnis zwischen reichsdeutschen und preußischen Zielen ein Bedürfnis nicht akut ist.

Bei uns in Baden hat man eine Form gewählt, die sich in einem Punkte von allen Ländern unterscheidet, darin nämlich, daß der Staatspräsident alljährlich wechselt. Diese Bestimmung wird durch eine Parteivereinbarung über die jeweilige Nachfolge durch die Festlegung eines regelmäßigen Turnus unter den Regierungsparteien ergänzt. Max Weber hat seinerzeit dieser Verfassungsbau nicht gefallen wollen. Seinem eminent staatspolitischen Sinne widerstrebte eine Regelung, die im großen politischen Rahmen in der Tat undenkbar wäre. Besonders vom außenpolitischen Gesichtspunkte gesehen wäre der jährliche Wechsel der obersten Spitze undenkbar, wo doch so unendlich viel auf persönliches Vertrauen ankommt.

Aber das macht im kleinstaatlichen Rahmen nichts aus. Man darf in einen Kreis keine Formen hineintragen wollen, die den Aufgaben nicht angemessen sind. Man kann sogar sagen, daß die badische Lösung eine glückliche ist, weil für ein Land von der Größe Badens, wo außenpolitische Fragen wegfallen und Einheitlichkeit nach dieser Richtung nicht gefordert wird, ein ruhiger Ausgleich, für den der jährliche Wechsel die beste Garantie birgt, am vorteilhaftesten ist.

Der badische Staatspräsident ist nur primus inter pares und er ist dies in weiterem Umfange als in den andern deutschen Ländern. Denn es geht ihm auch das Recht der Aufstellung der Ministerliste ab, das er in den größeren Ländern vor allem besitzt. Der Badische Landtag wählt jeden Minister selbst. Das war natürlich gar nicht anders möglich, nachdem man sich auf den jährlichen Wechsel geeinigt hatte. Man wird ja mit einigem Recht behaupten können, daß das Recht der Aufstellung der Ministerliste beim parlamentarischen System, wo die Kammer doch schließlich zustimmen muß, ohne Bedeutung ist. Aber die persönliche Macht wächst doch mit der Namensnennung und dann wird der Staatspräsident dadurch der Leiter der Grundzüge der Politik, etwa das, was man beim Reichskanzler als das hebende Moment im Gegensatze zu den Reichsministern ansieht.

Zum Schlusse möchte ich noch als weitere Stütze der oben vertretenen Ansicht über die grundsätzliche Natur der Verfassungen der Länder folgenden Gesichtspunkt anführen. Der Staatsrechtler unterscheidet zwischen mehr- und einköpfigem Staatsaufbau, zwischen Direktorial- und Präsidialsystem. Letzteres ist das bei weitem vorherrschende, jetzt und in der Vergangenheit. Denn für eine mehrköpfige Spitze ist für eine Großmacht ein Unding genau so wie eine jährlich wechselnde. Wo soll bei einem Kollegium die Einheitlichkeit in der außenpolitischen Leitung, dem Grundpfeiler jedes großen Staates, überhaupt bleiben?! Tauchte es bei Großmächten einmal auf, so verschwand es rasch wieder. Es verdankt meist dem Streben nach Ausgleich von Kräften seine Entstehung, von denen keine die andere aufzusaugen vermag; oder man empfindet es als Schutz vor der Allmacht eines einzelnen. Ueber seine Ungeeignetheit für Deutschland war man sich in der Nationalversammlung — mit Ausnahme von ganz links — klar, eben weil es sich nur um kleine Verhältnisse (etwa der Schweiz) eignet. Indessen haben wir es in den Einzelstaaten allenthalben durchgeführt. Denn auch in den Staaten, in denen dem Staatspräsidenten das Recht der Aufstellung der Ministerliste bleibt, ist doch die Gesamtheit der Minister die entscheidende Regierungsstelle. Der Präsident ist nur der Führer des Kabinetts, So sagt der Art. 57 der bayerischen Verfassung: „Dem Gesamtministerium obliegt die Leitung der gesamten Verwaltung." Der Art. 56 der badischen Verfassung hat den gleichen Inhalt. So sehen wir, daß wir eigentlich ohne

Auf dem Wege zur neuen Regierung.

F. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die Bildung des Kabinetts Cuno hat durch die Reise Cunos nach Hamburg eine Unterbrechung erfahren. Inzwischen ergehen sich die Berliner politischen Zeitungen in Informationen und Vermutungen über die ersten Verhandlungen des neuen Kanzlers, die die Zusammensetzung der Regierung zum Ziele hatten. Am charakteristischsten sind die Aeußerungen der Blätter, auf deren Partei es am meisten ankommen wird. Das Zentrum ist noch sehr reserviert. Diese Haltung kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Reichstagsfraktion die von Cuno ursprünglich geplante Berufung von Dr. Hermes auf den Posten des Außenministers abgelehnt hat, da diese Berufung — Hermes ist bekanntlich ein Gegner der Wirthschen Außenpolitik gewesen — eine Desavouierung Dr. Wirths bedeute. Ueber Cuno sagt die „Germania", das führende Zentrumsblatt folgendes:

„Das Zentrum wird erst sein letztes Wort sprechen können, wenn das Programm des neuen Mannes bekannt ist. Es hat in seiner bekannten Entschließung klar zum Ausdruck gebracht, daß es innen- und außenpolitisch hinter der Politik steht, die der Reichskanzler bisher mit Zustimmung der Fraktion verfolgt hat. Ein Abweichen von dieser Linie könne nicht die Billigung des Zentrums finden. Es wird also ganz davon abhängen, welches Programm Herr Cuno sich zur Aufgabe gesetzt hat. So lange das nicht bekannt ist, kann die Stellung des Zentrums in Konsequenz seiner bisherigen Haltung nur die eines abwartenden Beobachters sein. Herr Cuno ist kein Zentrumskanzler und die Zentrumsfraktion beharrt auf ihrem Beschluß, die Verantwortung für die Bildung des Kabinetts denen zu überlassen, die das Kabinett Wirth gestürzt haben."

Die Sozialdemokratie kokettiert noch immer mit ihrer Abneigung gegen die Deutsche Volkspartei. Ihr Blatt, der „Vorwärts", bezeichnet alle Nachrichten der bürgerlichen Presse über die sozialdemokratischen Ministerkandidaturen als Versuchsballon und sagt:

„Soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, hat sie keinen Anlaß, auf diese Versuche einzugehen. Ihre Stellungnahme hat die Fraktion in ihrem Beschluß festgelegt. Sie wird dem Versuch Cunos, ein Kabinett zu bilden, nicht von vornherein ablehnend gegenüberstehen, sondern abwarten, welche persönlichen und sachlichen Vorschläge er zu machen hat. Danach wird sie ihre endgültige Stellungnahme neu zu überlegen haben. Der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben, ist indessen nicht dahin auszulegen, daß die Sozialdemokratie sich auch mit einer Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung einverstanden erklären würde. Der Abgeordnete Müller, der mit Cuno verhandelte, hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die große Koalition für die Sozialdemokratie gegenwärtig untragbar ist."

Das Fallen des Dollars und das Steigen der Mark, Ereignisse, die bekanntlich auf die Berufung Cunos hin eingetreten sind und die normalerweise jeden Deutschen hoffnungsfroh machen sollten, beobachtet der „Vorwärts" mit Mißtrauen: Sie seien aus der Meinung der Börsen entsprungen, daß die neue Regierung eine kapitalfreundlichere Wirtschaftspolitik verfolgen werde, als die Regierung Wirth.

Nach der Ankunft Cunos fanden sich die drei Zentrumsführer Marx, Stegerwald und Guérard bei Geh. Rat Cuno ein, um diesen über die Haltung des Zentrums zu den Versuchen Cunos zu unterrichten. Dann unterhandelte Cuno mit Vertretern der Deutschen Volkspartei. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt in späten Abendstunden eine Sitzung ab, in der die grundsätzliche Stellung der Partei zu dem neuen Kanzler festgelegt werden soll. In der zehnten Abendstunde dauerte die Sitzung noch an.

Der Kanzlerkandidat.

Berlin, 17. Nov. (Drahtber.) Nach den Mittagsblättern wird die Berufung des Generaldirektors Cuno in Finanz-, Wirtschafts- und diplomatischen Kreisen sehr günstig aufgenommen. In der Aussprache mit den Vorsitzenden der Fraktionen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokraten erklärte Cuno, er wolle ein Kabinett der Arbeit bilden, das sich ohne ein ausgesprochenes Koalitionskabinett zu sein, auf alle Parteien stützen solle, die aufbauende Arbeit leisten wollen. Als wichtigste Aufgabe des nächsten Kabinetts bezeichnete Cuno, Deutschland aus den finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen es sich befindet, herauszuhelfen. Er nehme das in der Note an die Reparationkommission vom 13. November in großen Zügen niedergelegte innen- und außenpolitische Programm, das die Zustimmung der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokraten gefunden habe, an. Was die Zusammensetzung des neuen Kabinetts angeht, so hat Geheimrat Cuno die Absicht, neben Parlamentariern auch einige Fachminister zu berufen, die politisch der Deutschen Volkspartei nahestehen. Von den Ministern des Kabinetts Wirth dürfte nach Blättermeldungen der neuen Regierung Dr. Köster, Dr. Radbruch, Dr. Geßler und Dr. Hermes angehören.

Bayern und das Reich.

Berlin, 17. Nov. (Drahtber.) Der neugewählte bayerische Ministerpräsident richtete an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben:

Hochverehrter Herr Reichspräsident! Der bayerische Landtag hat mich zum Ministerpräsidenten gewählt. Ich habe diese Wahl angenommen. Als Ressortminister führe ich das Staatsministerium des Aeußeren. Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen Herr Reichspräsident hiervon auch persönlich Mitteilung zu machen und hiermit die Bitte zu verbinden, Sie möchten mich in meinem aufrichtigen Bestreben, im Interesse unseres gemeinsamen großdeutschen Vaterlandes wie auch Bayerns die besten Beziehungen zum Reiche zu pflegen, unterstützen. Im einzelnen gestatte ich mir, hierwegen auf die Darlegungen in meinem Programm Bezug zu nehmen, die ich heute im bayerischen Landtag gegeben habe. Mit der Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenster

gez. Dr. v. Knilling.

Der Reichspräsident antwortete mit nachstehendem Schreiben:

Hochverehrter Herr Ministerpräsident! Ew. Exzellenz sage ich verbindlichsten Dank für die persönliche Mitteilung Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten. Ich wünsche Ihnen aufrichtigen Herzens, daß Ihre Amtsführung dem Lande Bayern wie unserem gemeinsamen deutschen Vaterlande zum Segen gereichen möge, und darf auch Ihnen gegenüber die Versicherung wiederholen, daß ich in der Erhaltung guter und vertrauensvoller Beziehungen zwischen dem Reiche und Bayern stets die besondere Aufgabe meines Amtes erblicken werde. Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung bin ich Ew. Exzellenz sehr ergebener

gez. Ebert, Reichspräsident.

Das Programm der italienischen Faszistenregierung.

Warnung an Deutschland vor einem Zusammengehen mit Rußland.

Rom, 17. Nov. In seiner großen Programmrede in der Kammer erklärte der neue Ministerpräsident, der Faszist Mussolini, zur auswärtigen Politik, seine Politik beruhe auf der Grundlage der Friedensverträge. Wenn sich aber ihre Sinnlosigkeit ergebe, könne man die gegenseitige Stellung der Vertragsschließenden von neuem prüfen. Ueber das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues sagte Mussolini, es sei besser, Handelsverträge zu zweien zu schließen anstatt große nutzlose Vollkonferenzen abzuhalten. Er nehme sich vor, in den Unterhandlungen mit den Ministern Englands und Frankreichs das Programm der Entente im Auge zu behalten. Aus der Prüfung des Programms gehe entweder ein wahrhaft homogener Block von Kräften hervor, oder die letzte Stunde für die Entente habe geschlagen. Er wünsche, das erstere möge geschehen auch in Anbetracht der Erschütterung der Welt im Osten und der wachsenden Intimität zwischen Deutschland und Rußland. Auf der nächsten Brüsseler Konferenz werde Italien die Ansicht vertreten, daß die Schulden und Reparationen ein untrennbares Ganzes bilden. Mussolini schloß, solange er regiere, werde er nicht gegen die Kammer operieren, aber die Kammer müsse auch ihre besondere Lage begreifen, infolge deren sie ebenso in zwei Tagen wie in zwei Jahren aufgelöst werden könne.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

festes Bewußtsein hierfür von unmerklich monokratisch geleiteten Staaten zu solchen mit mehrköpfiger Spitze gelangt sind. Und auch hier empfindet man keinen Mangel, weil dieses System für den kleinen Rahmen angemessen ist, ja sich in der Schweiz ausgezeichnet bewährt hat. Je größer aber der Staat, desto mehr sind Ansätze zu einem monarchistischen Aufbau erkennbar; ich habe Bayern schon erwähnt. Dieser Aufbau wird dadurch bei uns besonders rein verwirklicht, daß auch unter den Ministern die kollegiale Arbeitsweise gilt, d. h. daß auch für das einzelne Ressort eine verfassungsmäßige Selbständigkeit nicht besteht, was der Art. 55 dadurch ausdrückt, daß er sagt: Die Mitglieder des Staatsministeriums entscheiden in kollegialer Form. Im Reich hat man diese kollegiale Arbeitsweise nur für ganz besonders wichtige Dinge, wie die Einbringung von Gesetzentwürfen, vorbehalten. Sonst ist der Minister im Ressort selbständig gestellt.

Zusammenfassend und abschließend ist somit zu sagen, daß das Eigenartige und Neue beim nachrevolutionären Aufbau unserer einzelstaatlichen Verfassungen darin liegt, daß sich der Verfassungsaufriß dem beschränkteren Aufgabenkreise anpaßt und daß sich dieses Moment in der Bad. Verfassung besonders deutlich ausdrückt. Dieses Treiben der Kräfte aber, denen der Einzelne unbewußt folgt, die der Historiker rückblickend entdeckt, sind das wahrhaft Interessante jeder verfassungsrechtlichen Betrachtung, wenn sie den Versuch machen möchte, über die Schilderung bloßer Formalitäten, bloßer Gesetzesparagraphen hinauszukommen.

Eine neue Hetzrede Poincarés.

w. **Paris**, 17. Nov. (Drahtber.) In der heutigen Kammersitzung erklärte Poincaré in einer Rede über die äußere Politik, daß die Regierung sich in der Orientpolitik keinen Augenblick von den Alliierten getrennt habe. Er hoffe, daß das gleiche Einvernehmen zwischen den Alliierten auf der Konferenz von Brüssel in der Reparationsfrage erreicht werde. Ueber die Rolle der Reparationskommission u. der Bankierkonferenz sagte Poincaré, daß letztere die Frage einer internationalen Anleihe für Deutschland erörtert habe, jedoch eine Herabsetzung der deutschen Schuld verlange, was zum Schaden der Reparationskommission werden würde. Jedenfalls sei es die Pflicht Frankreichs gewesen, sich dem zu widersetzen. Inzwischen habe sich der Sturz der Mark beschleunigt. Im Juli habe Deutschland ein Moratorium für seine Zahlungen vom 15. August beantragt. Aber er glaube, daß die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands auf dessen Manöver zurückzuführen sei und leicht gebessert werden könne. Deutschland habe auf seine Herrschaftspläne aus der Zeit vor dem Kriege noch nicht verzichtet.

Die englischen Wahlen.

Das Ergebnis der englischen Wahlen, die am 15. November stattfanden, haben, wie zu erwarten, den Konservativen einen vollen Sieg erbracht. Die Konservativen haben nach den bisherigen Zählungen 100 Abgeordnetensitze mehr gewonnen als alle anderen Parteien zusammen. Man kann also von einem starken Ruck nach rechts sprechen und nicht wie einige deutsche Blätter voreilig meldeten, von einem Ruck nach links. So erfreulich auch für uns die Wahlerfolge der linksstehenden englischen Arbeiterpartei sind, weil die englische Arbeiterpartei mutig gegen den Versailler Vertrag auftritt, so müssen wir nun doch mit der Tatsache rechnen, daß nun in England jene Partei die Uebermacht hat, in deren Reihen die ärgsten Deutschenhasser und die großen Franzosenfreunde stehen. In Paris wird man mit Genugtuung das Wahlergebnis feststellen. Nach dem Programm, das die englischen Konservativen aufgestellt haben, soll die Freundschaft mit Paris wieder zum Grundsatz werden. Das heißt, die Gegensätze werden auf Kosten Dritter ausgeglichen, und der leidtragende Dritte ist das deutsche Volk. Das sind also die außenpolitischen Erfolge des gewesenen Reichskanzlers Dr. Wirth, daß England und Frankreich wieder enger aneinander rücken. Während Dr. Wirth der Meinung war, die Einsicht auf der Gegenseite sei im Wachsen, während er es als schönen Erfolg hinnahm, daß ihm französische und englische Staatsmänner die Hand drückten, wuchs in beiden Ländern die Macht der Unversöhnlichen.

Nach den Konservativen mit 343 Sitzen kommt an Stärke die Arbeiterpartei mit 130 Sitzen; sie ist nicht mit der deutschen Sozialdemokratie zu verwechseln. Sie verfolgt als Ziel u. a. Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Bergwerke, man kann sie als Partei der englischen Gewerkschaften bezeichnen. Nach der Arbeiterpartei kommen zwei liberale Parteien; die eine mit 47 Sitzen, die mit Lloyd George als Führer, die andere mit 53 Sitzen, mit Asquith an der Spitze. Außerdem sind noch 13 parteilose Abgeordnete gewählt worden.

Deutsches Reich

Aus dem Reichstag.

Berlin, 17. Nov. In seiner Freitagssitzung behandelte der Reichstag zunächst den Antrag auf Aufhebung der Anzeigensteuer. Es wurde dabei auf die schwierige Lage der Zeitungen verwiesen. Schließlich wurde der Antrag auf Ermäßigung der Anzeigensteuer angenommen. Ein Gesetzentwurf zur Erweiterung der Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte auf den Streitwert von 840 000 Mk. wurde angenommen. Darauf begann die zweite Beratung der neuen Geschäftsordnung für den Reichstag. Eine Fraktion soll künftig mindestens 15 Mitglieder zählen. 15 Ausschüsse sollen gebildet werden. Ein Antrag, daß der Reichstagspräsident während seiner Amtszeit aus seiner Partei ausscheiden soll, wurde abgelehnt. Die Beratung geht am Samstag weiter.

Die Wirtschaftspolitik der Reichsbahn.

Berlin, 16. Nov. Im Organisationsausschuß des Reichsverkehrsministeriums wurde Bericht erstattet über das Beschaffungswesen der Reichsbahn und dabei besonders die Frage der Eigenproduktion durch Uebernahme von Kohlengruben und Einrichtung von Lokomotiv- und Wagenfabriken sowie von Walzwerken für die Zwecke der Reichsbahn behandelt. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß die augenblickliche wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht geeignet sei, derartige weittragende und einschneidende Maßnahmen zu treffen, deren Wert für die wirtschaftliche Führung der Reichsbahn bei den heutigen Verhältnissen schwer zu übersehen ist. Im allgemeinen wurde die bisher von der Reichsbahn geübte Methode der Einwirkung auf die Preisbildung gutgeheißen. Einige Fragen wurden zur weiteren Behandlung einem besonderen Unterausschuß überwiesen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Berlin, 16. Nov. Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, um die das Reichsarbeitsministerium im Benehmen mit den übrigen beteiligten Stellen seit längerer Zeit bemüht war, wird die Vollsitzung des Reichsrats am 16. November beschäftigen. Es ist mit einer namhaften Steigerung der Unterstützungssätze für die Erwachsenen, insbesondere die Familienväter, zu rechnen, die voraussichtlich bereits am 20. November in Wirksamkeit tritt.

Die Angriffe auf die bayrische Rechtsprechung.

München, 17. Nov. (Drahtber.) In der Sitzung des Landtages beantwortete Justizminister Gürtner die Interpellation der Sozialdemokraten über das Urteil im Fechenbach-Prozeß. Er erklärte: Wenn man die Angriffe der Presse gegen das Urteil und das Gericht im Fechenbach-Prozeß zusammenfasse, so habe es den Anschein, als ob ein unschuldiger Mann das Opfer politischer Rache geworden sei. Das treffe nicht zu. Selbst wenn er den Sachverständigen jede Autorität einräume, so könne er nicht zugeben, daß das Urteil der Sachverständigen über das Urteil des Gerichts zu stellen sei. An der Gerechtigkeit des Urteils könne kein Zweifel bestehen. Die hohen Strafen rechtfertigen sich durch den schweren Nachteil, der durch die Tätigkeit der Verurteilten für die deutsche Volksgesamtheit und die deutsche Arbeiterschaft entstanden sei. Zusammenfassend schloß der Minister, es sei kein unschuldiger Mann von einem ungerechten Urteil betroffen worden, sondern ein gefährlicher Schädling des ganzen Volkes habe seine verdiente Strafe erhalten.

Bayerische Bauern fordern den Rücktritt des Reichsernährungsministers.

Berlin, 16. Nov. Der niederbayerische Kreistag des Bayerischen Bauernbundes beschloß, von der demnächstigen Landestagung des Bundes zu verlangen, daß die beiden vom Bund gestellten Minister, der Reichsernährungsminister Fehr und der bayerische Landwirtschaftsminister Butzlhofer von ihren Posten zurücktreten sollen.

Von der Einheitskurzschrift.

Berlin, 16. Nov. Die durch die Presse gehende Nachricht, die Verhandlungen über die Einheitskurzschrift seien gescheitert, ist unrichtig. Die letzten Verhandlungen haben zwar noch kein ganz einmütiges, aber doch ein für die weiteren Schritte der Reichsregierung entscheidendes Ergebnis gezeitigt, so daß die Frage der Einheitskurzschrift voraussichtlich demnächst befriedigenderweise gelöst werden wird.

Die Angst vor dem deutschen Kriegsschiff.

Berlin, 16. Nov. Wie wir hören, hat das Linienschiff „Braunschweig" beabsichtigt, eine Uebungsfahrt in die östliche Ostsee zu unternehmen und bei dieser Gelegenheit dem Freistaat Danzig einen Besuch abzustatten. Die Uebungsfahrt muß jedoch wegen veränderter Dispositionen ausfallen.

*

Die veränderten Dispositionen sind jedenfalls ein Befehl Frankreichs und Polens.

Abneigung der Gewerkschaften gegen den Streik.

Düsseldorf, 17. Nov. Nach einer Mitteilung des Bezirkssekretariats des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes Düsseldorf beschloß eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände von Düsseldorf mit allen gegen 2 Stimmen, daß es für die freien Gewerkschaften keinen Generalstreik gibt.

Republik und Gemeindewahlen.

Am Donnerstag abend tagte im „Friedrichshof" die Demokratische Partei. Minister Dr. Hellpach behandelte zunächst die neuen verfassungsrechtlichen Verhältnisse. In der Vergangenheit sei Ungeheures versäumt worden durch den unglaublichen Mangel von Vertrauen der Regierenden zum eigenen Volke. Wie sollte man von den Leuten, die 1918 plötzlich zu der Herrschaft kamen, ein gereiftes politisches Können erwarten, nachdem man diese Kreise bis dahin von führenden Stellen ferngehalten hatte? Man hat nie daran gedacht, Führerpersönlichkeiten von unten herauf zu holen. Vor 100 Jahren sei die Aussaat zu dem heutigen Verhängnis gelegt worden. 1806/13 lebte in Deutschland einer der besten Staatsmänner Frhr. von Stein, der den neuen Menschen schaffen wollte, fähig zu tätiger Mitwirkung im Staatsleben. Das Werk der Mündigmachung der Nation wie er sie wollte, ist leider unvollendet geblieben, infolge der dynastischen Widerstände jener Zeit. Frhr. von Stein ist als der eigentliche Vater der Selbstverwaltung der Gemeinden anzusprechen. Die Gemeinde ist älter als jedes Fürstentum und überlebt alles Fürstentum. Ein Zustand der Gemeindelosigkeit wäre undenkbar. Die Schulung für und durch die Gemeindepolitik darf deshalb nicht vernachlässigt werden. Die Gemeindewahlen sind vielleicht wichtiger als die großen Wahlen. Es handelt sich letzten Endes um die Vorbildung für die Behandlung der großen staatspolitischen Fragen. Erinnern wir uns an das glänzende Zeitalter der Städterepubliken, die den Einwand widerlegen, als ob sich Demokratie und Kultur nicht vertragen könnten. Es ist ein Glück, daß heute mit den Massen gerungen werden muß. Man wird sich dadurch immer mehr der Pflicht bewußt, die Masse politisch zu erziehen zur verantwortungsvollen Mitarbeit und organischen Eingliederung im Staat. Der Redner betonte dann, daß kommunale Zerrüttung alle Rezepte zur nationalen Gesundung illusorisch machen würde. Unser Ziel müsse sein, von der Urzelle des Staates, der Gemeinde aus, unsere Demokratie nach innen und außen stark zu machen. Darauf beruht das Lebensrecht der Republik, die genau so gefürchtet werden muß, wie etwa die Monarchie, die viele nur um ihres äußeren Glanzes wegen zurücksehnen. Es gilt nun, die alten Republikanertugenden zu üben; Verantwortungsgefühl und Gewöhnung an die Schlichtheit des Alltages.

Der Redner erörterte darauf die Frage: Wie kann Deutschland existieren? Er sagte, die Gesundung unserer Währung habe zur Voraussetzung eine Aenderung und Stabilisierung der Gesinnung in Deutschland. Ein großer Teil unseres Volkes gebärdet sich heute leider so, als ob wir keinen Krieg verloren, sondern drei gewonnen hätten. Man komme nicht über die Tatsache hinweg, daß Staat und Gemeinden zu lässig diesen bedauerlichen Erscheinungen, die eine falsche Vorstellung über unsere Lage im Auslande erwecken, gegenüberstanden. Eine weitere große Gefahr liegt in der Verwilderung unserer Jugend. Die Gesundung Deutschlands bedingt eine völlige Umkehr der geistigen Einstellung. Dazu wird es allerdings einer langwierigen Erziehungsarbeit bedürfen. Wer soll regieren? Nirgends ist der starke Mann zu finden; er war nicht vorhanden als Deutschland in den Krieg ging. Die Revolutionszeit hat nur schwache Menschen gesehen. Deutsche Männer müssen uns regieren, Männer voll Verantwortung und mutig, die Wahrheit zu sagen. Die, die nach dem starken Mann rufen, gestehen damit ihre Ohnmacht ein. Uns fehlt der Nachwuchs an anführenden Persönlichkeiten. Wir müssen wieder anknüpfen an die vor 100 Jahren eingeleitete und vorzeitig abgebrochene Erziehung zur Freiheit im Sinne der Selbstverwaltung und starken Demokratie nach innen und außen. Der beste Weg dazu führt über das gemeindepolitische Leben.

Tatsache ist.

Tatsache ist, daß die letzten vier Jahre seit Beginn der Revolution das deutsche Volk ins Elend geführt haben, so tief ins Elend, daß Millionen hungern, frieren, in Lumpen gehen und betteln müssen.

Tatsache ist, daß Staat und Städte seit langem eine Bankerottwirtschaft treiben, weil sie dauernd mehr ausgeben als einnehmen.

Tatsache ist, daß die Hauptschuld an unserem Elend der welsche Nachbar trägt, der uns das Mark aus den Knochen saugen möchte.

Tatsache ist, daß aber auch der Deutsche einen Teil der Schuld an seinem Elend hat, weil wegen des Parteigezänkes bei uns nicht das geschah, was hätte geschehen müssen, um das Volk einig und gesund zu erhalten.

Tatsache ist, daß Ausgaben und Aufgaben des Staates und der Städte in den letzten vier Jahren nicht im Einklang standen mit der Not, in die wir durch den unglücklichen Kriegsausgang geraten sind.

Tatsache ist, daß allzu viele von den Mitteln der staatlichen und städtischen Kassen leben und profitieren wollen.

Tatsache ist, daß Millionen von Menschen heute betrogen sind um mühselige Ersparnisse von Jahrzehnten, daß die Ersparnisse durch die Geldwirtschaft der letzten vier Jahre vernichtet wurden.

Tatsache ist, daß Millionen von Menschen, die einst mithalfen, durch geistige Arbeit deutsche Kultur zu schaffen, heute betteln müssen,

Theater und Musik

Berliner Ur- und Erstaufführungen. Zwei Strindberg-Welten an zwei Tagen: „Das Band" u. „Vorm Tode", sowie „Luther". Die Spannung zwischen den zwei Tagen ist so groß, wie die Polarität in Wesen und Biographie des friedlosen Tantaliden aus Schweden. Werk und Darstellung des Kammerspiels schlugen die tieferen Spuren. In den beiden grausamen Einaktern haben wir den Maniakalen und Monomanen auf seiner Höhe, noch weit ab von dem tiefen Moor der religiösen Mystik, aus dem freilich sein Schöpfertum immer wieder auftauchte, wie der hochgereckte Arm eines Versinkenden. „Das Band", die dramatisch komprimierte Chronik einer unseligen Strindberg-Ehe, Chronik der großen Geschlechterfeindschaft und der kleinen und kleinlichen Alltagsfeindseligkeiten, ist entstanden, als der Blaubart mit seiner ersten Gattin in Scheidung lag. Eines Scheidungsprozesses vor den Schöffen gibt die Szene. So gerissen ausgeklügelt die sich türmenden Details des Gerichtstages sind, man erschauert doch immer aufs Neue unter dem Gifthauch des Erlebnisses. Mit seinem Blut hat Strindberg das Stück bezahlt.

Strindbergs „Luther" ist nicht einmal ein Stück in Stücken, sondern überhaupt kein Drama; dem revolutionären Kampf des Reformators gegen die Außenwelt ermangelt der innere Konflikt in seiner Brust. Einzelne der historischen Bilder, besonders des ersten Teils, sind von packender Prägnanz. Dem geschichtlichen Höhepunkt vor dem Wittenberger Dom hilft nur das geschichtliche Gedächtnis des Zuschauers zum größeren Eindruck. Nimmt man den „Luther" als Fest- und Volksspiel, wäre gegen das Große Schauspielhaus diesmal im Besonderen nichts einzuwenden; doch bleibt der allgemeine Einwand gegen den Raum, der alles Geistige verdirbt.

*

Paul Schlesinger, der bekannte „Sling", — so nennt ihn auch der Theaterzettel! — ist ein ausgezeichneter, ein nicht bloß blendender, nein, sogar nachdenklicher Feuilletonist und wird einmal ein gutes Lustspiel schreiben. „Die Erwachsenen, das das Komödienhaus aufführte, ist noch auf halbem Wege (vom Feuilleton zur Komödie) stecken geblieben. Für begabte Plauderer gibts keine bessere Selbstprüfung, als die eigenen Einfälle im Rampenlicht anzuschauen. Das duldet keine Falten, Flecken, toten Punkte. Mancherlei, was auf dem Papier bühnenlebendig dünkt, erweist sich auf der Bühne papieren. In unserem Fall gilt es von hübschen Pointen und Antithesen des Slingschen Dialogs und darüber hinaus von der Struktur der Menschlein und ihrer Situationen. Unterm Strich würde man die Sippe der lieben Verwandten, die Repräsentanten einer in Ueberlieferung und Konvention mummelig gewordenen Generation, ihres zeitgemäßen satirischen Aufputzes wegen als neuen Gewinn begrüßen; im Parkett jedoch erkennen wir sie als alte Bekannte aus Benedixens Tagen. Die noch wenig entwickelte dramatische Technik Slings ist nicht im Stande, darüber angenehm zu täuschen. Der Verfasser taumelt zwischen höheren Absichten der Komödie und primitiven Schwankmitteln hin und her. Das verbotene Pärchen um- und verschlingt sich ausgerechnet im Familiensalon, wo es jeden Augenblick überrascht werden kann, und richtig — siehste wohl, so klappt die alte Maschine! — von drei Onkeln und Tanten ertappt wird. Ja, Benedix! Dagegen erinnert an einen höheren Patron, an Bernhard Shaw nämlich, die im Keime hübsche Szene, in der der Familienrat der angesengerten Alten mit seinem Latein fertig ist und nun die eben noch in die Schranken der Unmündigkeit verdonnerte halbflügge Jugend weiter helfen soll. Der Gegensatz der Zeitalter und Generationen ist einem kessen Mädel und einem frischen Jungen anvertraut. Aber Sling hat ihn nicht vertieft. Daß der verliebte Onkel, der Hauptmann der Alten, mit dem Lebensglück und den Geschäftsinteressen seines blonden Mündels nicht sehr gewissenhaft umspringt, ist mehr eine individuelle, als eine typische Erscheinung. Im hübschen Rhythmus, im fröhlichen Temperament stecken die Reize und Hoffnungen des Lustspiels, das bei netter Darstellung gut gefallen hat.

Hermann Kienzl.

„Judith", eine musikalische Tragödie nach Hebbel von Max Ettinger, wurde nach ihrer sehr erfolgreichen Uraufführung in Nürnberg u. a. von den Stadttheaten in Hamburg, Leipzig, Düsseldorf, Dortmund, Lübeck, Augsburg und Gotha angenommen.

Kunst und Wissenschaft

Prof. Dr. Drews über Rudolf Steiners Anthroposophie.

In der zweiten öffentlichen Veranstaltung der hiesigen Ortsgruppe der Kantgesellschaft nahm Prof. Dr. Drews von hier kritische Stellung zu der heiß umstrittenen Anthroposophie Rudolf Steiners. Das aktuelle Thema hatte eine so große Hörerschaft herbeigelockt, daß das Auditorium bis auf den letzten Platz gefüllt war und viele stehend den Ausführungen des Redners folgen mußten. Drews charakterisierte zunächst die Anthroposophie Rudolf Steiners als eine neuzeitliche Gnosis, die die anglo-indische Theosophie unter Berufung auf Goethe auf den europäischen Boden überträgt. Die vollkommene Abhängigkeit von den Lehren etwa einer Annie Besant wird nachgewiesen und das Wesen dieser sogenannten „Geisteswissenschaft" dargestellt. Der Kernpunkt der Kritik wird in der Problemstellung gefunden, ob es möglich ist, Uebersinnliches ins Bewußtsein treten zu lassen, d. h. sinnlich zu erfassen. Denn der Glaube an die Möglichkeit, Einblick in die übersinnliche Wesenheit des Menschen zu gewinnen, ist die Voraussetzung jeder Theosophie. Drews Beweisführung lief darauf hinaus, die logische Unmöglichkeit eines solchen Verfahrens nachzuweisen, in immer wieder neuen Wendungen, mit denen er in scharfer Dialektik seinem Gegner auf den Leib rückte, den inneren Widerspruch aufzudecken, der in dem Begriff eines übersinnlichen Bewußtseins enthalten liegt, das nichts anderes ist als ein hölzernes Eisen. Man kann das Denken so wenig denken, als man das Sehen sehen kann und das Hellsehen ist letzten Endes nichts anderes als ein übersinnlicher Materialismus. Sehr scharf wandte sich Drews gegen den völlig unkritischen Glauben an die persönliche Unsterblichkeit, wie sie in der Lehre vom Karma, der Wiederverkörperung verkündet wird, und der daraus entspringenden anthroposophischen Moral. Schon rein erkenntnistheoretisch ist es unhaltbar, dem Hellsehen oder Schauen an sich als Tatsache irgend einen Grad objektiv gültiger Wahrheit zubilligen zu wollen, wozu im Falle Steiner Drews die übersinnlichen Erkenntnisse dieses falschen Propheten als Plagiate aus den Schriften einer A. Besant enthüllt. Die Grenzlinie zwischen der Pseudo-Wissenschaft der Anthroposophie und Wissenschaft, die objektiv gültige Wahrheiten zu vermitteln hat, kann nicht scharf genug gezogen werden.

Im zweiten Teil seines Vortrages gab Drews Proben aus der theosophischen Mythologie, wie sie uns aus den „Offenbarungen" Steiners entgegentritt, um es den Hörern unmittelbar zu überlassen, sich darüber ein Urteil zu bilden. Daß eine solche Lehre solche Verbreitung finden konnte, ist nach der Meinung des Redners ein überaus betrübliches Zeichen für unsere Zeit, wenn auch die psychologischen Voraussetzungen diese Tatsache verständlich machen können.

Die Ausführungen des Redners, besonders im zweiten Teil seines Vortrages waren sehr scharf und sarkastisch. Mit zum Teil überlegener Ironie und dem ihm eigenen Temperament, das den Bekenner ehrt, dem Wissenschaftler aber manchmal gefährlich wird, suchte er die völlige Unhaltbarkeit der Theosophie darzutun. Eine Diskussion fand nicht statt. Man mochte dies vielleicht bedauern, denn Drews wäre als Kenner und Dialektiker den ohne Zweifel gewandten Anhängern Steiners, die auf ihren Meister wie auf ein Evangelium schwören, gewachsen gegenübergetreten.

H. K.

weil in den letzten vier Jahren die Schätzung geistiger Arbeit verloren gegangen ist.

Tatsache ist, daß auf diesem Weg zum Untergang die Sozialdemokratie führte, denn

Tatsache ist, daß sie durch die Revolution den stärksten Einfluß im Staat und in den Städten erhielt,

Tatsache ist deshalb, unumstößliche Tatsache,

daß der Sozialismus mitschuldig ist an unserem Untergang.

Wenn auch das Stadtparlament, das am nächsten Sonntag gewählt wird, nicht an Bedeutung den großen Parlamenten gleichsteht, so wird in ihm der Sozialismus, wenn er zu stark wird, ebenso unglücklich wirken, wie in den großen Parlamenten, darum nichtsozialistisch wählen!

Badische Politik

Gemeindewahlen.

H. **Baden-Baden**, 17. Nov. In den letzten Tagen konzentriert sich das Interesse der politischen Kreise in der Hauptsache auf die bevorstehenden Gemeindewahlen. Größere und kleinere Versammlungen und Besprechungen haben bereits alle Parteien abgehalten, und die Zeit bis Sonntag wird jetzt zur Kleinarbeit ausgenützt. Gestern abend sprach in einer öffentlichen Versammlung der Deutschliberalen Volkspartei Landtagsabgeordneter Professor Weber, der mit seinen Darlegungen reichen Beifall fand. In einer Versammlung der Demokratischen Partei sprachen sodann Frau Stadtverordnete Berta Rauh, Kultusminister Hellpach und Stadtrat Koelblin, deren Ausführungen gleichfalls einmütige Zustimmung fanden. Der Besuch der Versammlungen war jeweils ein sehr zahlreicher.

Aus Baden

Wo sind die Eier?

Die „Konstanzer Nachrichten" vom 16. d. M. Nr. 287 richten an den Direktor der badischen landw. Genossenschaften Schön folgende Anfrage: „Ein Leser schreibt uns: Ist es richtig, daß ein Karlsruher landwirtschaftlicher Verband, dessen Direktor Schön, der frühere Bürgermeister von Donaueschingen und demokratischer Landtagsabgeordneter ist, hunderttausende Eier diesen Sommer für billiges Geld aufgekauft hat und dieselben bis heute noch nicht dem Konsum zugeführt hat? Ist es richtig, daß dieser Verband es fertig brachte, die Eier einzukalken in einer Zeit, wo weite Kreise der Bevölkerung darben? Zu welchem Preise gedenkt der Verband die vielleicht zu 5 bis 6 Mk. gekauften Eier abzusetzen?"

Darauf erwidert dieser in einer an uns gerichteten Zuschrift:

Auf diese hämische Anzapfung, die ich nur als ein schlecht verhülltes Wahlmanöver ansehe, kann ich nach Feststellung bei der für den Eier-Ein- und Verkauf verantwortlichen Abteilung Molkereiprodukte der Bad. landw. Hauptgenossenschaft folgendes antworten:

Es ist nicht richtig, daß wir hunderttausende badischer Eier für billiges Geld aufgekauft und dem Konsum nicht zugeführt haben. Es ist nicht richtig, daß wir Eier, welche die Bevölkerung gern gekauft hätte, anstatt dem Konsum zuzuführen, eingekalkt haben. Richtig ist, daß wir 750 000 badische Eier erfaßt und dem Konsum zugeführt haben. Die von uns aus Norddeutschland und Bayern von norddeutschen — und bayerischen Genossenschaften erworbenen Eier wurden im Sommer von dem badischen Konsum nicht restlos aufgenommen, so hat uns eine sehr große Konsumvereins-Genossenschaft allein 70 000 Eier nicht abgenommen, die von uns naturgemäß, um sie vor dem Verderb zu retten, eingekalkt wurden. Insgesamt wurden so 160 000 Eier eingelegt. Die Eier wurden mit dem Nachlassen der Legetätigkeit der Hühner ausgewaschen und sukzessive in den Konsum gebracht; bis heute sind 88 000 Eier verkauft. Verkauft haben wir die Eier bis heute bis zu 25 Proz. unter dem Tages- und Handelspreis. Wir bedienten damit nicht nur die Karlsruher Konsumenten, die in unserem eigenen Ladengeschäft sich die Eier kaufen konnten, sondern auch fast alle Erholungs- und Krankenanstalten des Landes von einiger Bedeutung. Unser Gesamtabsatz an Eiern betrug 1 800 000 (750 000 badische und 300 000 außerbadische Eier).

*

— **Hagsfeld**, 17. Nov. Gestern sollte im hiesigen Ort wieder eine Zwangseinweisung in eine Wohnung vorgenommen werden. Da am Orte eine außergewöhnliche Wohnungsnot besteht, so weiß sich der sozialdemokratische Gemeinderat nebst seinem gleichgesinnten Bürgermeister an der Spitze nicht anders zu helfen, als die hiesigen Kleinhäusler, die sich recht kümmerlich unter schweren Opfern ein Häuschen erwarben, derart in der Wohnung zu beschränken, daß vielfach die Eltern nebst erwachsenen Söhnen und Töchtern in 1—2 Räumen nächtigen müssen. Alle Klagen und Vorstellungen der von der Einweisung Betroffenen sind vergebens. Rücksichtslos wird verfügt, daß der betreffende Mieter da oder dort einzuweisen ist, und dabei gleich ein ganzes Gendarmerieaufgebot herangeführt. Ein Recht für die Häuschenbesitzer gibt es anscheinend in Hagsfeld nicht mehr. Diese Gewalttätigkeit schreit gegen den Himmel. Bei der am obengenannten Tage vorgenommenen Zwangseinweisung ging es ungefähr folgendermaßen zu: Ein Arbeiter namens L. sollte bei dem Glaser G. eingewiesen werden. L. will niemand so recht bei sich haben; auch Glaser G. nicht. Er erklärte L., daß er nicht in sein Haus dürfe, daß er die zwei Räume für seine erwachsenen Kinder selbst benötige. Als Antwort schlug L. den G. sofort nieder, so daß er besinnungslos wurde und am Boden lag, ebenso erging es der herbeigeeilten Ehefrau. Im Bewußtsein seiner Tat erklärte L.: „Ihr habt in Eurem Haus überhaupt nichts zu sagen, da ziehe ich jetzt ein." Bürger und Arbeiter von Hagsfeld, wollt Ihr euch noch länger dieser Gewalttätigkeit fügen? Nein! Werft endlich die Parteischeuklappen in Gemeindesachen ab! Und wenn doch eingewiesen werden muß, dann aber unterschiedslos. Wählt am 19. November die Liste der Bürgervereinigung!

a. **Weinheim**, 17. Nov. Im Gasthause zum „Goldenen Bock" hier wurden nachts durch Einbruch Kleidungs- und Wäschestücke, Genußmittel und Zigarren im Werte von zusammen 200 000 ℳ gestohlen. — Gegen zwei Händler aus dem hiesigen Bezirk, die eine größere Menge verdorbener Nüsse nach Mannheim verkauften, ist Anzeige wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz in Verbindung mit Betrug erstattet worden. Nach den Feststellungen des chemischen Untersuchungsamtes Mannheim waren nämlich die Nüsse längere Zeit unter Wasser gehalten worden, um das Gewicht dadurch zu erhöhen. — In Heddesheim wurde ein landwirtschaftlicher Praktikant wegen mehrerer Diebstähle verhaftet. Er hat u. a. in Heidelberg ein Fahrrad gestohlen.

t. **Furtwangen**, 16. Nov. Auf der Landstraße von hier nach Neukirch wurden zwei Frauen beraubt. Von einem bis jetzt noch nicht ermittelten Täter wurde ihnen die Reisetasche weggenommen.

t. **Freiburg**, 17. Nov. Ein Dekret des italienischen Innenministers bietet 12 ehemalige deutsche Hotels am Gardasee öffentlich zum Verkauf aus. Darunter ist auch das Hotel Elisabeth, das sich vor dem Krieg im Besitz des Freiburger Caritasstiftes befand.

t. **Donaueschingen**, 17. Nov. Die ständige Steigerung der Viehpreise hat auf den Viehmärkten im Schwarzwald zu bis jetzt noch nicht erreichten Zahlen geführt. Es wurden zum Beispiel auf den Märkten im mittleren Schwarzwald außerordentlich hohe Forderungen gestellt, die glatt bewilligt wurden. Auf dem Markt in Haslach im Kinzigtal z. B. stellte sich das Paar Läuferschweine auf 30 000—40 000 Mk., das Paar Ferkel auf 10 000—23 000 Mk., das Paar Ochsen kam auf 360 000—400 000 Mk. und das Paar Kühe auf 180 000—200 000 Mk.

t. **Villingen**, 17. Nov. Mit Nachlassen des Regenwetters kann jetzt erst die Getreideernte vorgenommen werden. Der Hafer ist überhaupt noch nicht vollständig reif und Roggen und Gerste haben unter der Nässe außerordentlich gelitten. Auch stecken noch viele Kartoffeln im Boden.

Die Berechnung der Miete.

Die Versammlung des Grund- und Hausbesitzervereins, die am Mittwoch abend im Saal III der Brauerei Schrempp stattfand, war so stark besucht, daß der Saal sich als viel zu klein erwies, obgleich diese Versammlung nur für die Mitglieder östlich der Karlstraße anberaumt worden war, während die Hausbesitzer westlich der Karlstraße in einer besonderen Versammlung am Freitag Aufschluß über die Berechnung der gesetzlichen Miete erhalten sollen.

Eröffnet wurde die Versammlung von dem Geschäftsführer des Vereins, Fleischmann, der besonders betonte, daß in den Versammlungen des Hausbesitzervereins alle politischen Fragen ausgeschaltet werden, da der Hausbesitzerverein politisch streng neutral sein müsse. Wie der Redner noch weiter mitteilte, ist die Zahl der Mitglieder des Vereins auf 3300 gestiegen. Da immer noch etwa 2000 Hausbesitzer dem Verein ferne stehen, habe sich der Vorstand entschlossen, den Vereinsbeitrag abzustufen, nach der Höhe des Steuerwertes der Häuser. Auf diese Weise soll auch den kleinen Hausbesitzern die Möglichkeit zum Beitritt gegeben werden.

In einem interessanten Vortrag gab Architekt Willet genaue Auskünfte über die Berechnung der gesetzlichen Miete. An einem Beispiel zeigte er, wie die neue Miete auf Grund der Friedensmiete berechnet wird. Dabei betonte er besonders, daß alle Verbesserungen in einem Hause, wie Einrichtung der Schwemmkanalisation, Gas und Elektrizität, die nach dem 1. Januar 1907 gemacht worden sind, dem Steuerwert des Hauses zugeschlagen werden dürfen. Auch Verbesserungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, sollen nach einem besonderen Schema berechnet werden.

An Mieter und Vermieter richtete der Redner die ernste Mahnung, sich möglichst über die Mietzinszahlung zu einigen und die Entscheidung des Mieteinigungsamtes zu vermeiden, da das Mieteinigungsamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10—12fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluß des Mieteinigungsamtes Unrecht hat. Er machte auch darauf aufmerksam, daß die Zinsen für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, so daß mit 8 Prozent für 1. Hypotheken zu rechnen sei.

Bei der Besprechung der Instandsetzungsarbeiten wies der Redner darauf hin, daß die Wohnabgabe, die in Karlsruhe außerordentlich hoch sei, in erster Linie zu verwenden sei für die Erhaltung der bestehenden Häuser und dann erst zur Errichtung neuer Wohnungen. Wer also nicht imstande sei, die enorm hohen Kosten für größere Reparaturen aufzubringen, habe das Recht, zu verlangen, daß ihm Mittel aus der Wohnabgabe zur Verfügung gestellt werden.

Große Bewegung verursachte die Mitteilung, daß die Umlage in Zukunft auf 30 Mk. pro 100 Mk. Steuerwert angesetzt werde, so daß für ein Haus im Steuerwert von 100 000 Mk. allein 30 000 Mk. an Umlagen bezahlt werden müssen. Der Redner hob noch hervor, wie notwendig es ist, die Miete monatlich zu erheben, da die wenigsten Hausbesitzer imstande seien, die ins Ungeheuere angewachsenen Betriebskosten, bestehend aus städtischen und staatlichen Abgaben usw. voraus zu bezahlen.

Im Anschluß an die Besprechung der Monatsmieten kam der Redner noch auf den Mietpreis für möblierte Zimmer zu sprechen.

An Hand einer genauen Berechnung kam der Redner zu dem Ergebnis, daß in Zukunft ein einigermaßen gut möbliertes Zimmer etwa 6000 Mk. monatlich kosten wird, eine Summe, die für viele unerschwinglich sein dürfte.

An die Vorträge schloß sich eine Aussprache, in der eine Reihe von Einzelfragen beantwortet wurden.

Aus dem Stadtkreise

Deutsches Elend.

Ein 60 Jahre alter Künstler, an schwerer Augenerkrankung leidend, der dazu noch den Lebensunterhalt seiner kranken Schwester bestreitet, schreibt der „Winternothilfe", daß er infolge der heutigen Kulturumwälzung ohne Aufträge sei und keine Möglichkeit finde, eine andere Beschäftigung oder einen anderen Verdienst zu erhalten. Ueberall würden seine Bitten, teilweise sogar mit Ironie, abgewiesen. Da er ohne Vermögen sei und weder einer Krankenkasse noch einer Versorgungsanstalt angehöre, könne er nicht einmal mehr die notwendige ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Nur harte Not zwinge ihn zu diesem bitteren Schritte.

Hier will die „Winternothilfe Karlsruhe" helfen. Darum spende man Gaben auf Postscheckkonto Nr. 22 100, Sparkassen-Girokonto Nr. 8100, bei der Expedition unserer Zeitung oder den hiesigen Banken!

*

Die Bürgerausschußwahlen am Sonntag dauern von 9 bis 5 Uhr.

Das Goldzollaufgeld beträgt für den 22. bis 28. November einschließlich 145 900 Proz.

Eilbestellung. Bei dem Publikum besteht vielfach die Auffassung, daß Pakete, die mit dem Verlangen der Eilbestellung zur Post gegeben werden, schneller als andere Pakete befördert werden. Dies ist im allgemeinen nicht der Fall. Die Eilpakete werden zusammen mit den gewöhnlichen Paketen — vielfach unter der Benutzung der Eilgüter- und Güterzüge — versandt; die Bevorzugung vor den gewöhnlichen Paketen besteht allein darin, daß die Eilpakete anstatt mit der regelmäßigen Bestellung, sogleich nach der Ankunft den Empfängern durch besonderen Boten zugestellt werden. Soll Paketen eine beschleunigte Beförderung zuteil werden, sind sie als „dringend" aufzuliefern. Dringende Pakete unterliegen der dreifachen Freigebühr für gewöhnliche Pakete und werden gleich den Briefsendungen mit den schnellsten Beförderungsgelegenheiten abgesandt.

Die Nähmaschinenfabrik Haid & Neu macht im Anzeigenteil auf die Einlösung noch ausstehender Gutscheine aufmerksam.

Das Ende der Radfahrkarte, das wir in den letzten Tagen schon angekündigt haben, wird vom Ministerium des Innern jetzt in folgender Fassung mitgeteilt: Durch Aenderung der Verordnung vom 7. November 1907 über den Verkehr mit Fahrrädern ist die bisher vorgeschriebene Radfahrkarte beseitigt. Radfahrer unterliegen nunmehr hinsichtlich des Ausweises über ihre Person den allgemeinen Vorschriften.

Eine nachahmenswerte Stiftung hat der Besitzer des Hotel-Weinrestaurants zum „Wiener Hof", Herr Emil Späth dadurch gemacht, daß er als äußeres Zeichen seiner sportlichen Bestrebungen dem Rheinklub „Alemannia" zum Ausbau seines Sporthauses den Barbetrag von 10 000 ℳ hat überweisen lassen. Auch der Vereinigung der Alterspensionäre des Landestheaters hat Herr Späth ein Geschenk von 2000 ℳ gemacht.

Unfall. Am Mittwoch vormittag wurde ein Taglöhner aus Knielingen, der neben seinem Fuhrwerk herlief, Ecke Weltzien- und Yorkstraße von einem vorbeifahrenden Lastkraftwagen so gegen seinen Wagen gedrückt, daß er eine Brustquetschung erlitt und mittelst Krankenauto nach dem Städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.

Schmuggalerin. Bei einer wegen unerlaubter Grenzüberschreitung festgenommenen Polin wurden im Amtsgefängnis hier etwa 30 000 ℳ in Gold- und Silbermünzen vorgefunden, die sie in ihren Kleidern eingenäht hatte und offenbar über die Grenze schmuggeln wollte.

Zum Wäschediebstahl an der Alb. In unserer Donnerstag-Nummer veröffentlichten wir eine Notiz, die besagt, daß der Wäschediebstahl durch die Kriminalpolizei aufgedeckt worden sei. Wie wir erfahren, war es die Blaue Polizei, die den Tätern auf die Spur kam. Ein Wachtmeister der Blauen Polizei entdeckte nämlich gelegentlich einer Haussuchung in der Südstadt eine große Anzahl Wäschestücke. Da sich der Mann über den rechtmäßigen Besitz der Wäsche nicht ausweisen konnte, nahm ihn der Wachtmeister sofort fest. Bei weiteren Erhebungen in dieser Sache gelang es ihm dann auch, die beiden anderen Diebe zu verhaften.

Diebstähle. In letzter Zeit wurden in hiesiger Stadt mehrfach Straßensenkkasten zum Nachteil der Stadtgemeinde sowie gußeiserne Verschlußdeckel von Schlammfängern an Privatgebäuden durch unbekannte Täter entwendet. Vor dem Ankauf dieser Gegenstände wird dringend gewarnt.

Festgenommen wurden: drei Ausländer wegen Verfehlungen gegen die Paßbestimmungen, eine von der Staatsanwaltschaft hier wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgte Dienstmagd aus Frankfurt, ein ebenfalls wegen Diebstahls von der Staatsanwaltschaft hier gesuchter Hilfsarbeiter von hier, ein Wirt von Güstrow, wohnhaft hier, ein Schlosser von Rieden und ein Schlosser von Karlsruhe, die im Besitze von 11½ Mille Zigaretten im Werte von 100 000 ℳ waren, deren Herkunft nicht festzustellen war, wegen unerlaubten Handels.

Chronik der Vereine.

F.C. Phönix. Am Samstag, den 11. ds. Mts., wurde ein Teil des im ehem. Wildpark gelegenen „Phönix-Stadions", nämlich das ausschließlich für die Zwecke der Jugendabteilung des F.C. Phönix, hier, bestimmte Jugendspielfeld seiner Bestimmung übergeben. Eine gerade durch ihre Schlichtheit besonders eindrucksvolle Feier vereinte eine große Zahl getreuer Mitglieder auf dem landschaftlich prächtig gelegenen Platze. In kurzen, markigen Worten übergab der 2. Vorsitzende des Vereins, Ing. A. Haberstroh, den Platz an den Jugendausschuß. In dessen Namen dankte Herr Dr. Wimpfheimer, der in seiner Ansprache all derer gedachte, die in irgend einer Weise zum Zustandekommen des „Stadions", das eine Musteranlage zu werden verspricht, beigetragen haben. Daß dabei der Name des aus reicher sportlicher Erfahrung schöpfenden, großzügigen Bauleiters Haberstroh mit besonderem Nachdruck genannt wurde, geschah mit Fug und Recht. Hat dieser es doch verstanden, mit verhältnismäßig geringen Mitteln die ausgedehnte Anlage vor Eintritt des Winters zu einem solch großen Teil fertigzustellen, daß mit der Vollendung des ganzen Werkes mit Ende des nächsten Frühjahrs bestimmt gerechnet werden darf. — Weitere, warm empfundene Worte des Dankes galten dem Andenken der im Weltkriege gefallenen Sportkameraden, besonders unserem unvergeßlichen Artur Beier, dem Sportsmann ohne Furcht und Tadel, dem begeisterten und begeisternden Förderer jeglicher Art sportlichen Wollens und Wirkens. Der Sportruf, mit dem der Redner seine Ansprache beendete, war der Sache der Jugendkörperpflege geweiht. Vor Beginn des nun folgenden Jugendwettspiels wurde dem ersten Gegner auf dem neuen Spielfeld, der 1. Jugendmannschaft des F.C. Mühlburg, eine Blumenspende überreicht. Das Spiel stand unter der Leitung des Gau-Jugendschriftführers, Herrn Jung, und endete mit einem unentschiedenen Resultate (1 : 1). Wir wünschen, daß mit der ausgiebigen Benützung dieser idealen Sportplatzanlage bei unserer Jugend jene traditionelle Phönixbegeisterung wieder geweckt wird, die s. Zt. mit in erster Linie dazu beigetragen hat, der Stadt Karlsruhe den Ruf als „Hochburg des Fußballsports" zu verleihen.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 16. Nov.: Adolf Heckmann, Büroassistent a. D., Ehemann, alt 75 Jahre; Rosina Peter, alt 66 Jahre, Ehefrau des Schreiners Anton Peter; Maria Eva Greß, alt 68 Jahre, Witwe des Landwirts Josef Greß; Adam Schießer, Privat., Witwer, alt 73 Jahre. — 17. Nov.: Bruno, alt 1 Jahr 10 Monate 1 Tag, Vater Kurt Zweifel, Schlosser.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Samstag, den 18. November 1922. ¼1 Uhr: Adolf Heckmann, Büroassistent, Brauerstr. 5, Feuerbestattung. — 1 Uhr: Marie Behret, Gastwirts-Ehefrau, von Bergzabern, Feuerbestattung. — 2 Uhr: August Gieser, Oberrechnungsrat, Durlacher Allee 36, Feuerbestattung. — 3 Uhr: Adam Schießer, Privatmann, Parkstraße 40. — 4 Uhr: Maria Greß, Landwirts-Witwe, Luisenstraße 72. — ½5 Uhr: Rosine Peter, Schreiners-Ehefrau, Gervinusstraße 7.

Verschiedene Drahtmeldungen

Eine englische Rettungsprämie für einen deutschen Dampfer.

Berlin, 17. Nov. (Drahtber.) Nach einer Londoner Meldung hat der Hamburg-Amerikadampfer „Fürst Bülow", der im letzten Mai einem britischen Dampfer mit Ruderschaden bei schwerem Wetter im Atlantischen Ozean Hilfe leistete, eine Prämie von 4200 Pfund Sterling (rund 150 Millionen Mark) zugesprochen erhalten. Das ist das erstemal seit dem Kriege, daß ein deutsches Schiff von einem englischen Gerichtshof eine Rettungsprämie erlangt hat.

Der polnische Größenwahn.

Warschau, 17. Nov. (Drahtber.) Nach dem „Kurjer Poranny" hat die polnische Regierung an Frankreich, England und Italien Noten gerichtet, in denen sie die Teilnahme Polens an der Lausanner Konferenz verlangt. Das Blatt erwartet, daß Polen ohne Stimmrecht zugelassen werde.

Polnisch-russisches.

London, 16. Nov. Dem „Daily Telegraph" zufolge, hat die polnische Regierung der Sowjetregierung mitgeteilt, daß jeder Angriff auf das rumänische Bessarabien durch die Rote Armee von ihr als ein casus belli angesehen wird.

Eine Militärsteuer als Ersatz der Wehrpflicht.

Budapest, 17. Nov. In der Nationalversammlung wurde u. a. ein Gesetzentwurf eingebracht, bestimmend, daß, nachdem durch den Friedensvertrag die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft worden sei, jeder ungarische männliche Staatsbürger vom 20. bis 30. Lebensjahr eine Militärsteuer zu zahlen hat.

Die Angoratürken wollen den Sultan anklagen.

Konstantinopel, 17. Nov. (Drahtber.) Havas meldet um 7 Uhr abends: Die Nationalversammlung von Angora hat einen Antrag Kemals angenommen, in dem die gerichtliche Verfolgung des Ministerrates und des Sultans gefordert wird. Sie hat sich gleichzeitig die spätere Durchführung der Entschließung vorbehalten.

b. **Paris**, 17. Nov. (Eig. Drahtber.) Der „Chicago Tribune" wird aus Konstantinopel gemeldet: Die Regierung von Angora sandte an die alliierten Oberkommissare eine neue Note, in der erklärt wird, daß die Regierung von Angora ermächtigt sei, die Kontrolle über Banken und Versicherungen sowie andere Finanzinstitute auszuüben. Es wird gefordert, daß die deutschen und österreichischen Banken, die von den Franzosen und Engländern sequestriert worden seien, der Regierung von Angora übergeben werden sollen. Die Note erklärt ferner, Angora sei bereit, Besprechungen einzuleiten, damit die alliierten Flotten im Bosporus verbleiben können.

Sibirien.

Moskau, 16. Nov. Nach einer amtlichen russischen Meldung hat die gesetzgebende Körperschaft der Republik des Fernen Ostens einstimmig den Beschluß gefaßt, sich aufzulösen und die Vereinigung mit Sowjetrußland zu vollziehen. Es wurde ein aus sieben Mitgliedern bestehender revolutionärer Ausschuß errichtet und 14 Delegierte zum Allrussischen Rätekongreß gewählt.

Vom Wetter

Wetteraussichten für Samstag, 18. November: Meist wolkig, einzelne Niederschläge, zunächst in Nordbaden, später auch in den übrigen Landesteilen. Etwas milder, nur ganz vereinzelt noch Nachtfröste.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	17. November		16. November
Schusterinsel	1.75 m		1.80 m
Kehl	2.94 m		3.05 m
Maxau	4.85 m		5.00 m
„	— m	mittags 12 Uhr	4.96 m
„	— m	abends 6 Uhr	4.95 m
Mannheim	4.08 m		4.30 m

Tagesanzeiger

Samstag, den 18. November 1922.

Bad. Landestheater: „Rheingold". Abends 7 bis 9½ Uhr.
Städt. Festhalle: Gesangverein Concordia: Stiftungsfest-Konzert im großen Saale, abends 7½ Uhr.
Colosseum: „Die Mausefalle". Abends 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele: Neues Programm.
Deutsche Volkspartei. Vortrag des Herrn Dr. Hugo, M. d. R., im Friedrichshof, abds. 8 Uhr.
Deutsche Demokratische Partei: Wahlversammlung, Südstadt, im Saale des Arbeiterbildungsvereins, Wilhelmstraße, abends 8 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsschulunterricht betr.

Auf Grund des Gesetzes vom 19. Juli 1918, die allgemeine Fortbildungsschule betr., und des § 4 des Ortsstatuts über den Fortbildungsunterricht in der Stadt Karlsruhe sind die in einem hiesigen gewerblichen oder sonstigen Betriebe beschäftigten, nicht hier wohnhaften Fortbildungsschulpflichtigen verpflichtet die, Fortbildungsschule am Ort ihrer Beschäftigung zu besuchen.

Die Arbeits- und Lehrherren sind verpflichtet, die unter ihrer Obhut oder in ihren Dienst oder Brot stehenden fortbildungsschulpflichtigen Knaben und Mädchen mündlich oder schriftlich beim Volksschulpflichtigen verpflichtet, die Fortbildungsschule unterricht anzumelden.

Karlsruhe, den 18. November 1922.

Das Volksschulrektorat.

Bekanntmachung.

Wir bitten, alle noch im Verkehr befindlichen **Gutscheine** unserer Gesellschaft **baldigst** an unserer Kasse gegen Bargeld oder Schecks **einzulösen**, da wir sämtliche Gutscheine mit dem **25. November 1922** als endgültig **verfallen** betrachten.

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haid & Neu.

Badischer Kunstverein E. V.

Karlsruhe, Waldstraße 3.

Vom 17. Novbr. bis 15. Dezbr. 1922

Ausstellung v. Werken

hiesiger und auswärtiger Künstler.

Unter anderem Kollektionen von

E. Firnrohr, A. Gebhard, K. F. Grether, Rolf Lang, Prof. F. S. Meyer, Karlsruhe, O. Fikentscher, Grötzingen, E. Kaage, Pforzheim, G. Hofmann, Grötzingen, Erich Rein, Gutach.

Firmen, welche auf **Ostern**

Lehrlinge oder Lehrmädchen

einzustellen beabsichtigen,

werden gebeten, uns die Aufträge auf Zuweisung von jungen, zur Schulentlassung kommenden Leuten **jetzt schon zu erteilen**.

Um dem Lehrlingsmangel zu begegnen, werden wir in den nächsten Wochen mit den jungen Leuten in Verbindung treten und auch mit der Veranstaltung von Elternabenden beginnen. Je früher wir über den Bedarf an Lehrlingen unterrichtet werden, um so größer sind die Aussichten, einen wirklich brauchbaren Lehrling oder geeignetes Lehrmädchen durch uns zugewiesen zu erhalten. Wir arbeiten gemeinsam mit Schule und Arzt und vermitteln kostenlos für alle Berufskreise.

Städtisches Arbeitsamt Karlsruhe.

Fernsprecher 5270—74.

Das Bankhaus

Veit L. Homburger

Karlstraße 11 **Karlsruhe** Karlstraße 11

Telefon: Ortsverkehr: 35, 36, 4391, 4392, 4393 Fernverkehr: 4394, 4395, 4396, 4397

besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Steinstraße 6 II

Damentaschen

sowie **Geldschein-, Brief- und Akten-Taschen, Bücherranzen in großer Auswahl**

Kaufmanns Etagengeschäft

für Offenbacher Lederwaren

6, II. Steinstraße 6, II.

Mitteldeutsche Creditbank.

Die Aktionäre unserer Bank werden hierdurch zu einer am

Sonnabend, den 2. Dezember d. J., vormittags 11 Uhr,

in unserem Bankgebäude Neue Mainzerstraße 32 daher stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1. Erhöhung des Grundkapitals um 10 000 000 ℳ durch Ausgabe von 10 000 auf den Inhaber lautenden, vom 1. Januar 1923 ab dividendenberechtigten Vorzugsaktien zu je 1000 ℳ Festsetzung der Rechte der Vorzugsaktien, insbesondere Begrenzung der Vorzugsdividende auf 4 Proz. ohne Nachbezugsrecht, Einziehbarkeit der Vorzugsaktien, fünfzehnfaches Stimmrecht für Beschlußfassung über Besetzung des Aufsichtsrats, über Satzungsänderung und über Auflösung der Gesellschaft, Sonderabstimmung bei Beschlußfassung über Eingehung einer Interessengemeinschaft oder Uebernahme eines anderen Unternehmens. Beschlußfassung über die Begebung der Vorzugsaktien unter Ausschließung des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre.
2. Erhöhung des Grundkapitals um einen weiteren Betrag bis zu 230 000 000 ℳ durch Ausgabe bis zu 330 000 auf den Inhaber lautenden, vom 1. Januar 1923 ab dividendenberechtigten Stammaktien zu je 1000 ℳ.
   Beschlußfassung über die Begebung der neuen Aktien unter Ausschließung des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre.
3. Den Beschlüssen zu 1 und 2 entsprechende Aenderung des Statuts, insbesondere der §§ 5 (Einziehbarkeit der Vorzugsaktien), 33 (Stimmrecht der Vorzugsaktien), 37 (Dividendenberechtigung der Vorzugsaktien).
4. Ermächtigung des Aufsichtsrats zur Richtigstellung der Ziffer und Einteilung des Grundkapitals in § 5 des Statuts entsprechend der Durchführung der Beschlüsse zu 1 bis 3 sowie zur Vornahme sonstiger durch die Beschlüsse zu 1 bis 3 notwendig werdenden Aenderungen in der Fassung des Statuts.

Die Aktionäre, welche an der Beschlußfassung in der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien spätestens am 27. November d. J. bei einer der nachstehend verzeichneten Stellen oder bei einem deutschen Notar zu hinterlegen: in **Frankfurt a. M.** und **Berlin** bei der **Mitteldeutschen Creditbank**, ferner bei sämtlichen **Zweigniederlassungen der Mitteldeutschen Creditbank** und außerdem in Berlin bei der **Bank des Berliner Kassen-Vereins**, in **Koblenz** und **Köln** bei der Firma **Leopold Seligmann**, in **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt (Abt. Becker & Co.)**, in **Meiningen** bei der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft**, in **München** bei der Firma **H. Aufhäuser**, in **Stuttgart** bei der Firma **Doertenbach & Cie., G. m. b. H.**, in **Tübingen** und **Hechingen** bei der **Bankcommandite Siegmund Weil**. Bei diesen Stellen sind auch die Eintrittskarten in Empfang zu nehmen. Im übrigen wird auf die §§ 28 und 30 des Statuts Bezug genommen.

Frankfurt a. M., den 9. November 1922.

Der Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Creditbank.

Richard v. Passavant-Gontard. Dr. v. Steinmeister.

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, den 19. November, vormittags 10 Uhr, im Saale „Vier Jahreszeiten", Hebestraße 21, **Sonntagfeier** — Totenfeier. — Vortrag des Herrn Dr. Karl Weiß-Heidelberg.

Mehrere Büroräume

von Eisengroßhandlung, wenn möglich sofort beziehbar, zu **mieten gesucht**. Angebote unter Nr. 2704 ins Tagblattbüro erbeten.

Wohnungstausch

Wohnungstausch.

Eine Dreizimmerwohnung in Eßlingen a. N. bei Stuttgart wird sofort gegen eine solche i. Karlsruhe zu vertauschen gesucht. Näheres bei Karl Kleinrecht, Pulliusstr. 9, Lebensbedürfnisverein, Abt. Bäckerei.

Miet-Gesuche

Zahle demjenigen **500 Mark**, der mir einen klein. **Raum**, Schuppen, Stall oder dergl. von ca. 3—4 qm besorgt. Angebote unter Nr. 2709 ins Tagblattbüro erbeten.

Zimmer

Zum 1. Dez. gut **möbl. Zimmer**, elektr. Licht, heizbar, separat, Nähe Karlstor, gesucht. Bettwäsche vorhanden. Angeb. unter Nr. 2701 ins Tagblattbüro erbeten.

Besserer älterer Herr sucht gut und bequem möbliertes, **heizbares Zimmer** bei netten Leuten. Gefl. Angebote unter Nr. 2801 ins Tagblattbüro erbet.

Offene Stellen

Mädchen

für Küche und Haushalt, das etwas kochen kann, **per sofort bei hoher Bezahlung** gesucht.

Frau Dr. Lindner, Kaiserstraße 80

Monatsfrau

ges.: Winterstr. 51, IV. r.

Stellen-Gesuche

Tüchtige Kontoristin

sucht in den Abendstund. Beschäftigung. Angeb. u. Nr. 2706 i. Tagblattbüro.

Männlich

im

Bankfach

wünscht sich Hand.-Angest m. gut. Auffassungsgabe u. gut. Zeugn. einzuarbeiten. Gefl. Ang. u. Nr. 2702 ins Tagblattbüro.

Verkäufe

Immobilien

Anker-Handelsgesellschaft, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 1.

H.-Rad zu verkaufen

Durlach, Blumenstr 7

Lüster u. Schlafzimmerlampe, massiv Messing, zu verkaufen. Anzusehen Samstag nachm. Kaiser-Allee 119, 3. Stock.

2 Bettstellen, 1 zweitüriger Schrank (hell) sowie kleiner **Waschtisch an**, alles fast neu, zu verkaufen: **Durlach**, Rittnertstraße 20.

C-Klarinette zu verkaufen: **Lu-fenstr. 46** IV. rechts.

Zinkbadewanne u. Badeofen mit Kohlenf., Sitzbadewanne, alt. Zinnbettflasche, Messinglüster Ang. u. Nr. 2604 i. Tagbl.

Fahrrad, gut erhalt., zu verkauf.: Kriegstr. 167 IV. rechts, von 1/2 3—6 Uhr

Elektr. Birnen Kochherd, Kinderwagen wegzugshalb. verkäuflich. Näh. im Tagblattbüro.

TOURENSTIEFEL u. STRASSENSTIEFEL „für Dame"

(Tourenst. eig. s. a. f. Jungen) Qualitätsarbeit, n. wie neu. Anzus. Samst. abd. halb 8 Uhr bis halb 9 Uhr bei E. Schuler **Berckmüllerstraße 24** (hinter Tullaschule)

Lederhandkoffer 30-50 cm, wie neu, billig zu verkaufen: Augartenstr. 73, III links

Warm. Knabenüberz., 13—15 J., grauer Herrenüberz preisw. abzugeb. Herrenstraße 20, 1 Tr.

Sechsteiliger **Hasenstall** zu verkaufen. Näheres Yorkstraße 23, 2. Stock.

Kaufgesuche

Besseres Haus

in guter Lage bei Barzahlung zu kaufen gesucht. Besitzer kann **unständig** wohnen bleiben. Angeb. unt. Nr. 2564 ins Tagbl.

Wohnhaus

(4—5 Zimmer im Stock), in besserer Lage zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis usw. unter Nr. 2426 ins Tagblattbüro erbeten.

Villa od. Landhaus

gleich welch. Lage, braucht nicht beziehbar sein, geg. Kasse zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 2569 ins Tagblattbüro erbet.

Kauf-Gesuch.

(Kapitalanlage).

Ich suche geg. Barzahlung **3—4 Häuser.**

Lage gleichgiltig. Angebote unter Nr. 2664 ins Tagblattbüro erbeten.

Geschäftshaus

mit Laden od. Werkstatt, auch Haus, wo solche eingebaut werden können, sofort gesucht. Ang. unt. Nr. 2566 ins Tagblattb.

Eiserne Kleiderschränke

zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote an das **Karlsruher Tagblatt** erbeten.

Schöner Perlen- oder Brillantschmuck größeres Objekt, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 2708 ins Tagblattbüro erbeten.

2 bis 3 gut erhaltene Schreibmaschinen

führende Marken, gegen sofortige Kasse zu **kaufen gesucht**. Angeb. unter Nr. 2699 ins Tagblattbüro

Alte Silber-, Gold- u. Platin-Gegenstände zu gewerblichen Zwecken kauft zu **höchsten Tagespreisen**

Hermann Gengenbach

Goldschmied und Juwelier

Kaiserstraße 243.

Gold- u. Silber-

Gegenstände in jed. Form kauft laufend zu höchstem Preis **C. F. Hirth.**

Augustastraße 1.

Leere Flaschen

Wein-, Sekt-, Kognak- u. Wasserflaschen in allen Größen kaufen laufend in großen u. kleinen Quantitäten zu höchst. Preisen

J. Fleischer & Co., Rhe.-Mühlburg

Hardtstraße 37a Brauerei Seldeneck) **Tel. 4704.**

Guterhalt., gebrauchter **Ofen und Herd** sofort zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 2703 ins Tagblattbüro erbeten.

Zu kaufen gesucht Kindervielfachen f. Jungens und Mädchen, Schaukelpferd, Eisenbahn usw. Angebote unter Nr. 2710 ins Tagblattbüro erbet.

Teppich, 2—2 1/2 Meter groß, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 2707 ins Tagblattbüro erbeten.

Eine guterhalt. **Portiere** zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 2803 ins Tagblattbüro erbeten.

Waschkessel, Badeofen u. -Wanne u. guterhalt. Lüster gesucht. Angeb. u. Nr. 2806 i. Tagblattbüro.

Gebr. **Holz- od. Zinkwaschbütte**, ca. 1 m, zu kauf. ges. Angeb. unter Nr. 2802 ins Tagblatt.

Kleiderschrank, Schulranzen, kleiner Ofen gesucht. Angeb. u. Nr. 2805 ins Tagblattbüro.

Altpapier

Eisen, Metalle, Felle, sow. alle Sorten **Flaschen** kauft zu staunend hohen Preisen dauernd **Rud. Winterer**, Rohprodukten. Karlsr., Waldhornstr. 37.

Gänselebern

kauft fortwährend zu den allerhöchsten Preisen. **Karl Pfefferle**, Erbprinzenstraße 23.

Gänse-Lebern

kauft fortwährend zu höchsten Tagespreisen **A. Wenner**, **Mühlburg**, Hardtstr. 11.

Felle, Flaschen, Eisen, Alt-Metalle, Papier, Keller- u. Speicherkram kauft **Feuerstein**, Fasanenstr. 26. Tel. 3481.

Abonnenten kauft bei Inserenten des „Karlsruher Tagblatts".

Karlsruher Fußball-Verein, e. V.

Sonntag, 19. Nov. 1922, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Ligaspiel

gegen

Sportclub Freiburg.

Auf dem V. f. B.-Platze: nachmittags 1 und 2 Uhr Sportclub Freiburg Schüler I und Junioren I gegen K. F.-V. Schüler I und Junioren I.

Zu dem Ligaspiel gegen **F.-C. Pforzheim** am 26. ds. Mts. wird ein

Sonderzug

von hier über Pforzheim nach Brötzingen verkehren. Abfahrt 12,30 Uhr hier, Rückfahrt ca. 5,30 Uhr. Fahrpreis Mk. 55.— Einzeichnungsliste bei **Sport-Meier**, Kaiserstraße 174.

Unterricht

TANZINSTITUT GROSSKOPF HERRENSTR. 33 BEGINN NEUER KURSE

Verschiedenes

Wer nimmt neugebor. Kind geg. gute Vergütung in Pflege? Angebote unt. Nr. 2705 ins Tagblattbüro erbet.

Fräulein, 30 J., w. ält. Herrn kenn. zu lern. nicht unt. 40 Jahre, zw. Heirat. Witw. nicht ausgeschloss. Ang. u. Nr. 2679 i. Tagbl.

Höchste Reinigungskraft, frei von Schärfe.

Pfeildreieck Seifen

August Jacobi Act. Ges. Seifenfabrik, Darmstadt.

Der neue Posttarif

welcher in übersichtlicher Anordnung sämtl. Gebührensätze enthält, ist auf Karton gedruckt erschienen u. zum Preise von 25 Mk. das Stück in unserer Geschäftsstelle, Ritterstr. 1, zu haben.

Karlsruher Tagblatt.

„Zum Rheingold"

Waldhornstraße 22.

Gut bürgerliches Restaurant

Bekannt durch seine

vorzügl. Weine u. gute Küche.

Schrempp-Printz-Bier. — Eig. Schlachtung.

Residenz-Lichtspiele

Waldstraße 30 — Telefon 511!

Ab Samstag bis einschließl. Dienstag

Vom Diener zum Herrscher

Abenteuerfilm in 7 Akten

In den Hauptrollen:

Lila Lee, Theodor Roberts.

Fatty als Steuerkontrolleur

Groteske in 2 Akten

Badisches Landestheater

Samstag, 18. Nov., 7 bis 9 1/2 Uhr. 350 Mk.

Der Ring des Nibelungen. Vorabend. **Das Rheingold.**

Die grössere Schuld.

Roman von Reinhold Ortmann.

(31) — Nachdruck verboten.)

„Und das brauchst du nun natürlich nicht mehr. Die glänzenden Auskünfte des Herrn Bruck haben mich Lügen gestraft — nicht wahr?"

„Wie konnten sie dich Lügen strafen, Mama, da du mir noch nie etwas Bestimmtes erzählt hast?"

„Habe ich nicht getan?" fragte Maria hart. „Nun, dann sehe ich jetzt ein, daß ich allerdings einen verhängnisvollen Fehler begangen habe. Ich wollte eure kindlichen Gefühle schonen, als ich Eures Vaters Schuld mit dem Schleier des Vergessens zu bedecken suchte. Du hättest vor Schmerz und Beschämung vergehen müssen, wenn er dir statt dessen die Wahrheit berichtet hätte."

„Mama!"

Wie ein bitterer Aufschrei war es von Signes Lippen gekommen. Aber Maria Torildsons Herz hatte sich verhärtet gegen das verzweifelte Flehen ihres Kindes. Der Haß gegen den Mann, den sie verantwortlich machte für allen Kampf und alle Mühsal ihres Lebens, loderte noch einmal in hellen Flammen auf

„Ja, vor Beschämung," wiederholte sie, „denn er hätte dir sagen müssen, daß dein Vater ein leichtfertiger Verschwender war, ein gewissenloser Bankerottierer, ein Fälscher und ein Betrüger."

Wie von einem Schlage wich Signe von ihr zurück, mit einer Gebärde ungestümer Abwehr beide Arme gegen sie ausstreckend.

„Es ist nicht wahr!" rief sie außer sich vor Verzweiflung. „Ich glaube es nicht — ich will es nicht glauben — es kann ja nicht wahr sein."

„Wenn du mir nicht glaubst, so ersuche deinen liebenswürdigen Gewährsmann sich von seinem Onkel Söderström Aufschluß darüber geben zu lassen, weshalb der Baumeister Erik Torildson freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Henrik Söderström mag ihm auch von dem Wechsel erzählen, den dein Vater gefälscht hatte, als es für ihn keine Möglichkeit mehr gab, sich auf ehrliche Weise Geld zu verschaffen. Und er mag ihm bestätigen, daß Erik Torildson hätte ins Gefängnis wandern müssen, wenn ihm nicht um seiner unglücklichen Familie willen Gnade gewährt worden wäre."

Signe war neben ihrem Bett in die Knie gesunken und hatte das Gesicht in die Falten des Leintuches gepreßt. Ein wildes Schluchzen schüttelte ihren Körper und allgemach schien sich in Maria Torildsons Seele doch etwas wie Reue über ihre Grausamkeit zu regen. Sie erhob sich und trat neben die fassungslos Weinende.

„Du hast die Wahrheit über deinen Vater erfahren wollen," sagte sie in einem milderen Tone. „Nun da du sie kennst, mußt du auch stark genug sein, sie zu tragen. Und wir werden nie wieder von diesen Dingen sprechen."

Signe erhob den Kopf. Ihr Gesicht hatte sich erschreckend geändert.

„Vergib mir, Mama," sagte sie leise. „Ich will ja versuchen, damit fertig zu werden. Noch aber weiß ich nicht, ob ich es kann."

Frau Maria ließ sich neben ihr auf den Bettrand nieder und ergriff ihre Hand.

„Sei vernünftig, Kind! Hier weiß niemand von deines Vaters Schuld. Und auch in Stockholm gibt es nur einen, dem das Allerschlimmste bekannt war. Wie ich Henrik Söderström kenne, bin ich sicher, daß er unverbrüchliche Verschwiegenheit bewahrt hat, auch seinem Neffen gegenüber. Du hast gewiß eine große Torheit begangen, als du Bruck bestimmtest, dem Leben dieses unseligen Toten nachzuforschen. Aber du brauchst darum doch nicht zu verzweifeln. Daß er trotzdem entschlossen ist, um deine Hand anzuhalten, ist gewiß ein Beweis für die Tiefe und Aufrichtigkeit seiner Liebe."

„Aber er denkt doch gar nicht daran, mich zu begehren. Und es wäre ja auch schrecklich, wenn er es täte. Ich habe ihn doch nicht lieb."

„Soll ich ihm das vielleicht sagen, wenn er um dich wirbt?"

„Ja, ja, Mama — das müßtest du ihm sagen. Aber er wird es nicht tun — nein, gewiß, er wird es nicht tun."

„Er hat Söderström geschrieben, daß es sein fester Vorsatz sei, und ich weiß, daß der Mann, der uns einst vor dem schrecklichen Unglück bewahrt hat, nichts sehnlicher wünscht als diese Verbindung. Darum wirst du, wie ich hoffe, noch einmal ernstlich mit dir zu Rate gehen, ehe du nein sagst. Ich zwinge dich nicht. Du hast deinen freien Willen. Ein wenig aber solltest du dir's doch überlegen, bevor du mir eine der schmerzlichsten Enttäuschungen meines Lebens bereitest."

Signe konnte nicht mehr antworten, denn es wurde an die Tür geklopft, und das Dienstmädchen steckte den Kopf ins Zimmer.

„Herr Bruck ist da. Er fragt, ob die gnädige Frau für ihn zu sprechen wäre."

Maria Torildson zog die Stirn in Falten.

„Ah, wie ungeschickt! Hoffentlich haben Sie ihm nicht schon gesagt, daß wir zu Haus sind."

„Du denkst doch nicht daran, ihn fortzuschicken, Mama?" fragte Signe beinahe angstvoll. Und ihre Mutter erwiderte unschlüssig:

„Was soll ich denn anderes tun? In diesem Augenblick kann ich doch nicht mit ihm reden?"

„Das sollst du auch nicht. Ich aber möchte ihn sehr gerne sprechen."

„Du? — Bei deinem augenblicklichen Aussehen? Und in diesem Gemütszustande?"

„Wenn Herr Bruck mich gern hat, wie du sagst, Mama, wird er an meinem Aussehen keinen Anstoß nehmen. Und wegen meines Gemütszustandes brauchst du dich nicht zu beunruhigen. Ich weiß schon, was ich will."

Der junge Fabrikbesitzer schien überrascht, als er statt ihrer Mutter Signe Torildson eintreten sah, aber er bemühte sich, nichts von dieser Ueberraschung zu zeigen und sich ebenso unbefangen und liebenswürdig zu geben, wie bei all ihren früheren Begegnungen.

Schon nach dem Austausch der ersten Begrüßungsworte aber mußte ihm die Veränderung in ihrem Wesen auffallen, und er bedachte sich nicht, sie nach der Ursache zu fragen.

„Ist Ihnen etwas Unangenehmes widerfahren, Fräulein Signe? Sie sind doch nicht leidend?"

„Nein, ich befinde mich ganz wohl. — Sie waren so gütig, mir die Stockholmer Zeitung zu schicken, um die ich Sie gebeten hatte. Dafür vor allem möchte ich mich bei Ihnen bedanken."

„Ach, das ist doch nicht der Rede wert. Es war mir sogar ein ganz besonderes Vergnügen; denn ich habe den Aufsatz über Herrn Holt gelesen, und ich war aufrichtig erfreut über die beinahe begeisterte Anerkennung seines Werkes."

„Hat sie Ihnen Freude gemacht?" fragte sie, ihn mit einem ernsten, fast forschenden Blick ansehend. „Und ich glaubte, Sie hätten wenig Sympathien für Herrn Holt."

Er suchte seine Verlegenheit hinter geheucheltem Erstaunen zu verbergen.

„Wenig Sympathien? Wie kommen Sie auf diese Vermutung, Fräulein Signe?"

„Ich glaube mir einige Ihrer Aeußerungen aus der letzten Zeit nicht anders deuten zu können. Aber das, was ich Sie fragen möchte, ist für mich viel wichtiger. Wollen Sie mir eine aufrichtige und ehrliche Antwort versprechen, Herr Bruck?"

(Fortsetzung folgt.)